

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	21
§ 1 Einführung	21
A. Problemaufriss	21
B. Forschungsstand	30
C. Gang der Untersuchung	33
§ 2 Begrifflichkeiten	35
A. »NS-Raubkunst«	35
B. »Beutekunst«	36
C. »Fluchtgut«	38
D. Sonstige	40
Erster Teil: Die Rückerstattung von »NS-Raubkunst« seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges	43
§ 3 Der Gesamtkontext der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts	43
A. Abgrenzung zwischen Rückerstattung und Entschädigung	43
B. Die »äußere« Restitution	45
I. Die Londoner Erklärung vom 5. Januar 1943	46
II. Die Vermögenskontrolle	48
III. Die Rechtsgrundlagen der »äußeren« Restitution	50
IV. Die Durchführung der »äußeren« Restitution	53
V. Die heutige Bedeutung der »äußeren« Restitution	56
§ 4 Die alliierten Rückerstattungsgesetze (1947/49)	57
A. Die Genese der alliierten Rückerstattungsgesetze	57
I. Die Genese des USREG	59
II. Die Genese des BrREG	66
III. Die Genese der REAO	67
IV. Die Genese der VO Nr. 120	68
V. Die Entwicklung in Westdeutschland	70

B. Das Rückerstattungsverfahren	73
C. Geltungs- und Anwendungsbereich der alliierten Rückerstattungs-gesetze	78
D. Die Bilanz der »inneren« Restitution in der Nachkriegszeit	81
§ 5 Das Vermögensgesetz (1990/92)	85
A. Die Genese des Vermögensgesetzes	85
I. Die Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR	85
1. Die weitgehende Verweigerung der Restitution	85
2. Der thüringische Sonderweg	87
II. Die Entwicklung nach dem Mauerfall	88
B. Das Rückerstattungsverfahren	94
C. Geltungs- und Anwendungsbereich des Vermögensgesetzes	95
D. Die Bilanz der Restitution in der Nachwendezeit	95
§ 6 Internationale und nationale Erklärungen (seit 1998)	97
A. Die Genese der Grundlagen der heutigen Restitutionspraxis	97
I. Die Entwicklung auf internationaler Ebene	97
1. Die Washingtoner Prinzipien	97
2. Sonstige Erklärungen und Initiativen	101
II. Die Entwicklung auf nationaler Ebene	103
1. Die Gemeinsame Erklärung	103
2. Die Handreichung	105
a) Die Genese der Handreichung	105
b) Die nachfolgenden Auflagen	108
B. Das Rückerstattungsverfahren	111
I. Die Einsetzung der Beratenden Kommission	111
II. Grundlagen der Arbeit der Beratenden Kommission und ihrer Empfehlungen	112
III. Der Gang des Verfahrens vor der Beratenden Kommission	115
IV. Offene Verfahrensfragen	117
C. Wesentliche Grundzüge der Grundlagen der heutigen Restitutionspraxis	121
I. Geltungs- und Anwendungsbereich der (inter-)nationalen Erklärungen	121
II. Verbindlichkeit der (inter-)nationalen Erklärungen	122
1. Die Washingtoner Prinzipien als »Soft Law«	122
2. Die Verpflichtung einzelner Kulturgut bewahrender Einrichtungen durch »Soft Law«	124
D. Wesentliche Bestimmungen der Grundlagen der heutigen Restitutionspraxis	127
I. Wesentliche Bestimmungen der Washingtoner Prinzipien	127
II. Wesentliche Bestimmungen der Gemeinsamen Erklärung	128
III. Wesentliche Bestimmungen der Handreichung	130
E. Die bisherige Bilanz der heutigen Restitutionspraxis	132
Zweiter Teil: Analyse der heutigen Restitutionspraxis	135
§ 7 Die beschränkte Möglichkeit der allgemein-zivilrechtlichen Restitution	135
A. Überblick über wesentliche grundlegende sowie speziell das Vermögen der Verfolgten betreffende nationalsozialistische Gesetze	138
B. Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und ihre Konsequenzen	142

I. Konsequenzen für den Zugriff auf das Verfolgtenvermögen durch hoheitlichen Akt	143
II. Konsequenzen für den Zugriff auf das Verfolgtenvermögen durch Rechtsgeschäft	148
C. Ausschluss allgemein-zivilrechtlicher Ansprüche durch die alliierten Rückergstattungsgesetze?	152
I. Die gesetzlichen Regelungen	152
II. Die Literatur und Rechtsprechung in der Nachkriegs- und Nachwendezeit	155
III. Die gegenwärtige Literatur und Rechtsprechung	160
D. Die heutige Bedeutung der allgemein-zivilrechtlichen Restitution	163
§ 8 Die Aktivlegitimation	164
A. Die personenbezogenen Voraussetzungen	164
I. Die Eigentümerstellung im Zeitpunkt des Verlustes	164
1. Eigentum als grundsätzliche Voraussetzung	165
a) Der Umgang mit Sicherungseigentum	165
b) »Überbrückung« fehlenden Eigentums durch ideelle Bezüge?	167
2. Der Nachweis der Eigentümerstellung	169
a) <i>Alfred Flechtheim</i>	171
b) <i>Max und Margarethe Rüdenberg</i>	172
c) <i>Elisabeth Leutzendorff</i>	175
d) <i>Max Stern</i>	176
e) Zusammenfassung	178
II. Die Rechtsnachfolge	178
1. Die Rechtsnachfolge bei natürlichen Personen	179
2. Die Rechtsnachfolge bei Personenvereinigungen	181
a) Die Rechtsnachfolge bei »Unternehmen«	181
b) Die Rechtsnachfolge bei anderen Personenvereinigungen	183
3. Die Problematik des (teilweisen) Fehlens von Rechtsnachfolgern	185
a) Der Umgang mit »erbenlosen« Objekten	185
b) Der Umgang mit unvollständigen Erbgemeinschaften	187
III. Zusammenfassung	188
1. Zur Eigentümerstellung	188
a) Zum Eigentum als grundsätzliche Voraussetzung	188
b) Zum Nachweis der Eigentümerstellung	189
2. Zur Rechtsnachfolge	189
a) Zur Rechtsnachfolge bei natürlichen Personen	189
b) Zur Rechtsnachfolge bei Personenvereinigungen	190
c) Zur Rechtsnachfolge bei (teilweiser) »Erbenlosigkeit«	191
B. Die werkbezogenen Voraussetzungen	191
I. Erfasste Gegenstände	191
II. Die Werkidentität	194
III. Zusammenfassung	197
1. Zu den erfassten Gegenständen	197
2. Zu der Werkidentität	198
§ 9 Die Passivlegitimation	199
A. Die Verfügungsberechtigung	199

B. Die Bundesrepublik Deutschland als Antragsgegnerin	201
I. Von den Anfängen bis zur Gründung der Treuhandverwaltung von Kulturgut	201
II. Von der TVK bis zur Kunstverwaltung des Bundes	204
C. Die Träger von öffentlichen Kulturgut bewahrenden Einrichtungen als Antragsgegner	206
I. Zuweisungen durch Kontrollratsdirektiven	206
II. Abtretungen im Rahmen von Globalvergleichen	207
D. Privatpersonen als Antragsgegner	208
§ 10 Die Voraussetzungen eines verfolgungsbedingten Vermögensverlustes	209
A. Die Verfolgung	209
I. Der maßgebliche Zeitraum	210
II. Die Verfolgungsmaßnahmen	211
1. Der Begriff der Verfolgung	211
2. Die Individualverfolgung	212
3. Die Kollektivverfolgung	214
III. Die Verfolgungsgründe	215
1. Die Verfolgung aus Gründen der »Rasse«	216
a) Die Verfolgung von als Juden geltenden Personen	216
b) Die Verfolgung von als »Mischlinge 1. Grades« geltenden Personen	220
c) Die Verfolgung der Ehepartner von als Juden oder »Mischlinge 1. Grades« geltenden Personen	221
d) Die Verfolgung von als jüdisch geltenden Personenvereinigungen	223
e) Die Verfolgung von Sinti und Roma	223
2. Die Verfolgung aus Gründen der Religion und der Weltanschauung	224
3. Die Verfolgung aus Gründen der Nationalität	226
4. Die Verfolgung aus Gründen der politischen Gegnerschaft oder Auffassung	228
5. Der Umgang mit Sonderkonstellationen	231
IV. Zusammenfassung	232
1. Zu dem maßgeblichen Zeitraum	232
2. Zu den Verfolgungsmaßnahmen	232
3. Zu den Verfolgungsgründen	234
B. Der Vermögensverlust und dessen Kausalzusammenhang mit der Verfolgung	236
I. Der maßgebliche Zeitraum	236
II. Der Vermögensverlust	237
1. Der Begriff des Vermögensverlustes	237
2. Die Wegnahme und die Weggabe	238
3. Der Nachweis des Vermögensverlustes	240
a) <i>Alexander Lewin</i>	241
b) <i>Robert Graetz</i>	242
c) <i>Felix Hildesheimer</i>	242
d) <i>Max Fischer</i>	243
e) <i>Max und Margarethe Rüdenberg</i>	245
f) <i>Heinrich Rieger</i>	246
g) Zusammenfassung	248
III. Die Verlustformen	249
1. Der Vermögensverlust durch unmittelbaren Zwang	250

a)	Die einzelnen Tatbestände der alliierten Rückerstattungsgesetze	250
aa)	Der Verlust durch unmittelbaren Zwang in der Privatrechtssphäre	250
bb)	Der Verlust durch Staatsakt oder durch Missbrauch eines solchen	251
cc)	Der Umgang mit Zwangsversteigerungen	254
dd)	Der Verlust durch Maßnahmen der (Staats-)Partei	257
b)	Der Kausalzusammenhang bei Vermögensverlusten durch unmittelbaren Zwang	257
2.	Der Vermögensverlust durch mittelbaren Zwang	259
a)	Die einzelnen Tatbestände	259
b)	Der Kausalzusammenhang bei Vermögensverlusten durch mittelbaren Zwang	260
aa)	Die Vermutung der Verfolgungsbedingtheit	261
(1)	Die Vermutung der Verfolgungsbedingtheit bei einem Verkauf	261
(2)	Die Vermutung der Verfolgungsbedingtheit bei einer Schenkung	262
bb)	Die Möglichkeit der Widerlegung der Vermutung bei einem Verkauf	265
(1)	Die Widerlegung bei Verkäufen vor dem 15. September 1935	265
(a)	Die Angemessenheit des Kaufpreises	266
(aa)	Die Angemessenheit bei freihändigen Verkäufen	268
(bb)	Die Angemessenheit bei Versteigerungen	270
(cc)	Der Nachweis der Angemessenheit	271
(b)	Die freie Verfügbarkeit des Kaufpreises	272
(aa)	Die Entrichtung diskriminierender Sonderabgaben	273
(bb)	Die Zahlung des Kaufpreises auf ein Sperrkonto	275
(cc)	Der Nachweis der freien Verfügbarkeit	276
(c)	Sonstige für eine Entziehung sprechende »andere Tatsachen«	278
(2)	Die Widerlegung bei Verkäufen nach dem 15. September 1935	280
(a)	Der Abschluss des Rechtsgeschäftes seinem wesentlichen Inhalt nach auch ohne die Herrschaft des Nationalsozialismus	281
(b)	Die Wahrung der Vermögensinteressen des Verfolgten in besonderer Weise und mit wesentlichem Erfolg	282
cc)	Die Möglichkeit der Widerlegung der Vermutung bei einer Schenkung	284
IV.	Der Umgang mit Sonderkonstellationen	285
1.	Der Vermögensverlust innerhalb des nationalsozialistischen Machtbereiches	285
a)	Der Vermögensverlust durch unmittelbaren Zwang	286
b)	Der Vermögensverlust durch mittelbaren Zwang	286
aa)	<i>Antoine Graf Seilern</i>	286
bb)	<i>Rositta von Gutmann</i>	288
cc)	<i>Baron András Herzog</i>	288
dd)	<i>Familie Lewenstein</i>	289
ee)	Zusammenfassung	290
2.	Der Vermögensverlust außerhalb des nationalsozialistischen Machtbereiches	291
a)	<i>Julius und Clara Freund</i>	291
b)	<i>Alexander Lewin und Sophie Oliven</i>	292
c)	<i>Clara Levy</i>	293
d)	<i>Alfred Flechtheim</i>	294
e)	<i>Max Emden</i>	296
f)	<i>Kurt Grawi</i>	297
g)	Zusammenfassung	300

3. Der Verlust von »Entarteter Kunst«	302
a) Der Zugriff auf »Entartete Kunst«	302
b) Die rechtliche Beurteilung des Zugriffs	303
V. Zusammenfassung	306
1. Zu dem maßgeblichen Zeitraum	306
2. Zu dem Vermögensverlust	307
3. Zu den Verlustformen	307
a) Zu dem Vermögensverlust durch unmittelbaren Zwang	307
b) Zu dem Vermögensverlust durch mittelbaren Zwang	308
aa) Zu dem Vermögensverlust durch Verkauf	308
bb) Zu dem Vermögensverlust durch Schenkung	311
4. Zu dem Umgang mit Sonderkonstellationen	311
a) Zu dem Vermögensverlust innerhalb des nationalsozialistischen Machtbereiches	311
b) Zu dem Vermögensverlust außerhalb des nationalsozialistischen Machtbereiches	312
c) Zu dem Verlust von »Entarteter Kunst«	312
§ 11 Die Ausschlussgründe	312
A. Das Prioritätsprinzip	313
B. Der Missbrauchstatbestand	315
C. Der Abschluss eines Privatvergleiches in der Nachkriegszeit	316
D. Das Verbot der Doppelentschädigung	318
I. Die Entschädigungszahlungen des Bundes	319
II. Die Gegenleistungen des Käufers	319
E. Der Schutz des gutgläubigen Erwerbers	320
I. Der grundsätzliche Ausschluss des gutgläubigen Erwerbes	321
II. Der Schutz des ordnungsmäßigen üblichen Geschäftsverkehrs	323
1. Der Grundtatbestand	323
2. Die Ausnahmetatbestände	326
III. Übernahme in die heutige Restitutionspraxis?	328
1. <i>Franziska Heinemann I</i>	329
2. <i>Franziska Heinemann II</i>	329
3. <i>Franziska Heinemann III</i>	330
4. <i>Max Stern</i>	331
5. <i>Siegfried Lämmle</i>	335
6. Zusammenfassung	336
F. Zusammenfassung	337
I. Zu dem Prioritätsprinzip	337
II. Zu dem Missbrauchstatbestand	337
III. Zu dem Abschluss eines Privatvergleiches in der Nachkriegszeit	338
IV. Zu dem Verbot der Doppelentschädigung	338
V. Zu dem Schutz des gutgläubigen Erwerbers	338
§ 12 Die »gerechte und faire Lösung«	339
A. Die Restitution	340
I. Die Restitution unter einer Bedingung beziehungsweise einem Aufschub	341
II. Die Restitution unter Auflagen	343
III. Der Rückkauf nach einer Restitution	344
IV. Die (Dauer-)Leihgabe nach einer Restitution	344

B. Die Ausgleichszahlung	345
§ 13 Zusammenfassung	347
Quellen- und Literaturverzeichnis	359
A. Quellen	359
B. Literatur	359

